

Protokollauszug

Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg vom 02.07.2025

Zu Ö 13 Sachstandsbericht zu aktuellen Projekten aus dem Quartiersnetz Laurensberg zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende begrüßt Frau Umbach, die aktuelle Projekte des Quartiersnetzes Laurensberg vorstellt. Sie berichtet, dass das Projekt seit Juni 2025 für weitere zwei Jahre durch die Deutsche Fernsehlotterie vollständig finanziert wird. Gemeinsam mit einer weiteren Kollegin setzt sie Projekte zur Stärkung der Nachbarschaft, Förderung von Ehrenamt und Vernetzung um - insbesondere unter dem Fokus eines altersgerechten Quartiers.

Ein Anliegen aus der Bürgerschaft ist das Fehlen von Sitzgelegenheiten im Ortskern. Die vorhandenen Mauern vor dem Edeka-Markt sollen als „Kontaktmauer“ umgestaltet werden – mit Sitzauflagen (gefertigt von der Justizvollzugsanstalt Aachen) und künstlerischer Gestaltung durch die Heinrich-Heine-Gesamtschule. Das Projekt wird durch die Städtereion (1.700 €) und die Sparkasse (500 €) gefördert.

Zudem wurde eine mobile „Bezirksbank“ angeschafft, die künftig an verschiedenen Standorten eingesetzt werden soll, um Begegnungen zu fördern. Frau Umbach fragt an, ob ein politischer Austausch mit den Bezirksvertreter*innen gewünscht sei.

Ein weiteres Anliegen ist die Einrichtung eines Multifunktionsraums im Ortskern, da der Raum im Montessori-Kindergarten zu abgelegen sei. Eine mögliche Alternative sieht sie im leerstehenden Kiosk am Schloßpark.

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) begrüßt die Idee der mobilen Bank, vor allem im Vorfeld von Wahlen. Sie verweist auf den Bügerraum in der Kita Laurentiusstraße als möglichen Multifunktionsraum.

Der Vorsitzende lobt das Engagement, äußert jedoch Bedenken zum vorgeschlagenen Standort des Multifunktionsraumes.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) begrüßt die Idee grundsätzlich, weist jedoch auf die begrenzte Laufzeit des Projekts hin. Zur mobilen Bank äußert er, dass die CDU bereits regelmäßigen Kontakt mit der Bürgerschaft pflege und frühere Bürger*innensprechstunden nur geringe Resonanz gezeigt hätten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.